Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 7 (1987)

Heft: [1]: Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos : Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit - Geschichte, Krise, Perspektiven

Artikel: Arbeitsfriede : woher, wohin?

Autor: Pedrina, Vasco

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652605

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vasco Pedrina

Arbeitsfriede: Woher, wohin?*

Die wichtigsten Kriterien nach denen eine Gewerkschaftspolitik bewertet werden kann, sind die Resultate, die sie auf den folgenden Ebenen erreicht hat: materielle Errungenschaften, Ergebnisse der qualitativen Forderungen, Ergebnisse der immateriellen Forderungen, innerer Zusammenhalt der Bewegung und Durchsetzungsvermögen als Verhandlunspartner, soziales und politisches Gewicht der Arbeitnehmer in der Gesellschaft.

Wie können die Ergebnisse nach 50 Jahren mehr oder weniger absolutem Arbeitsfrieden anhand dieser Kriterien bewertet werden?

Die Kehrseite der Medaille

Gewiss, Lohnniveau und Sozialleistungen zählen zu den höchsten in Europa. Aber die Wohnungsmieten und die Kosten für die Gesundheit — um nur diese zu nennen — tun es nicht weniger. Dabei stellt sich erst noch die Frage: Ist diese Situation die Frucht des Arbeitsfriedens oder das Resultat des Nachkriegsbooms in der Wirtschaft, des Spiels von Angebot und Nachfrage auf einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt und des trotz des Arbeitsfriedens noch bestehenden gewerkschaftlichen Druckes?

Die mit der *Friedenspolitik* verbundene Meinung, dass man alles mit den Gesamtarbeitsverträgen regeln könne, hat bewirkt, dass nur in gewerkschaftlich gut organisierten Wirtschaftssektoren die Arbeitnehmer nicht diskriminiert wurden und mehr oder weniger akzeptable Resultate erzielen konnten. Es muss aber festgestellt werden, dass dieser Sozialpakt auf Kosten der Schwächsten abgeschlossen wurde: der Frauen, der Ausländer, der unqualifizierten und in schlecht organisierten Branchen Arbeitenden. Die grossen und wachsenden Lohnunterschiede bestätigen dies. Zudem sind es auch diese Arbeitnehmerkategorien gewesen, die bei Entlassungen die gesalzenste Rechnung haben bezahlen müssen. In der Krise von 1974 bis 1976 verschwanden 330'000 Arbeitsplätze (rund 12% der Gesamtbeschäftigung) die wie folgt aufgeteilt waren: 245'000 Arbeitsplätze für Ausländer (Export der Arbeitslosigkeit!), 60'000 für Schweizer/innen (Frauen, die an den Herd zurückgeschickt wurden, vorzeitig Pensionierte) und 25'000 für offiziell Arbeitslose. Während der Krise von 1982/83 wurden erneut 65'000 Arbeitsplätze abgebaut, was 20'000 Ausländer, 45'000 Schweizer (20'000 „verschwanden" einfach und 25'000 meldeten sich arbeitslos) betraf. Dazu kommen die unsicheren Anstellungsbedingungen für 800'000 bis 900'000 von total 2,7 Millionen Arbeitnehmern (Ausländer eingeschlossen).

Die „Friedenspolitik" hat de facto stark dazu beigetragen, dass die Arbeiterklasse das Terrain der politischen Auseinandersetzungen und die politische Initiative den bürgerlichen Kräften überlassen hat. Die Folge war, dass der *„Weg der Schweiz"* nicht über eine markante Entwicklung der Sozialgesetzge-

bung geführt hat. Diese Tatsache hat nicht nur den Zukurzgekommenen, sondern den meisten Lohnverdienern bittere Früchte beschert. Wir zählen in Europa zu den Ländern mit dem längsten Arbeitstag. In bezug auf Arbeitstempo und Arbeitsintensität gibt es wenige Länder, die uns übertreffen. Was die Ferien und das Pensionierungsalter anbetrifft, sind wir allerdings nicht an der Spitze. Wir sind die Erben eines Arbeitsrechtes, das zu den „arbeitgeberfreundlichsten" in Europa gehört. Der Kündigungsschutz ist fast inexistent, und die Debatte um die Revision des Gesetzes im Parlament gibt keinen Anlass zur Hoffnung. Die „Flexibilität" des Arbeitsgesetzes — um nur ein Beispiel anzuführen — ist so gross, dass ein Betrieb in der Maschinenindustrie jedem seiner Angestellten 282 Überstunden pro Jahr abverlangen darf. Ohne eine Bewilligung einholen zu müssen!

Sogar die soziale Sicherheit weist unentschuldbare Lücken auf, obschon grosse Errungenschaften erreicht wurden. Die Krankenversicherung wird immer unsozialer und schützt noch immer nicht alle Lohnverdiener. Für die Mutterschaftsversicherung mussten, vom Verfassungstext bis zur praktischen Realisierung im Gesetz, 40 lange Jahre ins Land gehen. Und jetzt wird sie von der reaktionärsten Rechten, Arm in Arm mit den Arbeitgeberverbänden, auch noch mit dem Referendum bedroht. Die zweite Säule ist eine Fehlkonstruktion, welche den Versicherten künftig arge Probleme bereiten wird. Die Arbeitsmedizin bleibt in zu vielen Betrieben ein Arme-Leute-Kind.

50 Jahre friedliche Beziehungen mit den Unternehmern haben es nicht ermöglicht, der Demokratie zum Einzug in die Fabriken zu verhelfen. Ja, man kann sich fragen, ob es noch ein anderes vergleichbares Land gibt, wo die Arbeitnehmer so viel Angst haben, für ihre Rechte gemeinsam einzustehen. Im Gesetz werden praktisch nicht einmal die minimalsten gewerkschaftlichen Rechte anerkannt, und auch die Mehrzahl der Gesamtarbeitsverträge vermögen in diesem Punkt nicht zu befriedigen. Die Mitbestimmung der Lohnabhängigen auf den verschiedenen Ebenen des Betriebes und der Wirtschaft stösst nach wie vor auf eine gleiche sture Opposition. Wir haben den sozialen Frieden zugestanden; wir haben meistens darauf verzichtet, unsere natürlichen Kampfmittel einzusetzen. Unser Verzicht, unsere Konzessionen wurden jedoch nicht so honoriert, wie sie es eigentlich verdient hätten. Wir müssen es eingestehen: Auf dem Gebiete der immateriellen Ansprüche (gewerkschaftliche Rechte, Mitbestimmung) und der Lebensqualität stehen wir als Verlierer da — mehr noch als in materieller Hinsicht.

Den teuersten Tribut jedoch hat wahrscheinlich die Gewerkschaftsbewegung selber bezahlt. Der Arbeitsfrieden ging auf Kosten ihres inneren Zusammenhalts und ihrer Durchschlagkraft. Was die Stärke einer Gewerkschaft ausmacht, das ist die Zahl ihrer Mitglieder, der Organisationsgrad, die Qualität ihres Engagements, die Solidarität und die Intelligenz ihrer Politik.

Zum quantitativen Aspekt: Seit mehreren Jahren verliert der Schweizerische Gewerkschaftsbund Mitglieder, allerdings in einem bescheidenen und je nach Gewerkschaftsverband unterschiedlichen Ausmass. Glücklicherweise gibt es auch einige wenige Verbände mit steigenden Mitgliederzahl. Eine allzu

zurückhaltende Politik unsererseits in bezug auf die „Einflusszonen" der verschiedenen Berufsorganisationen (siehe z.B. das Abkommen SGB/VSA) und der harte Widerstand der Unternehmer haben uns bis heute daran gehindert, in breite Schichten der administrativen und technischen Angestellten vorzudringen. Auch dies waren wichtige, jedoch kaum je erwähnte Folgen der „Friedenspolitik".

Zu den qualitativen Kriterien: Die Schwächung des Vertrauensleutenetzes am Arbeitsplatz, die Passivität der Mehrheit der Mitglieder, die fremdenfeindlichen Tendenzen in unseren eignen Reihen sind beunruhigende Zeichen dafür, dass das uneigenützige Engagement für die gemeinsamen Ideale, der Kampf für die Emanzipation und die Werte der menschlichen und sozialen Solidarität eindeutig schwächer geworden sind. Und im Zusammenhang mit dieser Bilanz darf auch die schockierende Tatsache nicht unterschlagen werden, dass sich weniger als 25% der schweizerischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an die Urnen bemühen, während weitere 25% — die Ausländer — politisch rechtlos sind.

Was ist schuld?

Über die Ursache(n) dieser Situation liesse sich lange „philosophieren". Sind es die Verheerungen, welche die „Konsumgesellschaft" anrichtet? Oder ist es die Kehrseite der Medaille der „Arbeitsfriedenpolitik" und ihres Gegenstükkes auf der institutionellen Ebene, der Konkordanzpolitik zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPS? Dass das kapitalistische System sich im Umgang mit den Lohnabhängigen nach der Maxime „Teile und hersche" verhält, ist ja nicht gerade neu. Dass Automobil und Fernsehen, diese Symbole der Konsumgesellschaft, dazu beigetragen haben, die Individuen in der ausserberuflichen Sphäre noch mehr zu isolieren, ist auch kein Geheimnis mehr. Dass die Anwendung der neuen Technologien durch die Unternehmer die gleiche Wirkung hat — indem sie die Menschen noch mehr isoliert, diesmal am Arbeitsplatz —, ist bereits zu erkennen. Wahr ist aber auch, dass die Arbeitnehmer nicht aus Büchern oder schönen Reden lernen, solidarisch zu reagieren und sich bewusst zu werden, wie das System sie gegeneinander ausspielt und ihnen Hindernisse in den Weg legt. Nein, lernen können sie das nur, wenn sie die Solidarität in gemeinsamer Aktion praktizieren und in gewerkschaftlichen Kämpfen hellhöriger werden. Indem man während so langer Zeit auf die offene Konfrontation verzichtet hat, konnten auch viele Gelegenheiten, Solidarität zu lernen und zu leben nicht genutzt werden. Das ist wohl der gravierendste Vorwurf, den sich heute die Politik des absoluten Arbeitsfriedens gefallen lassen muss.

Nun, die Geschichte lässt sich nicht korrigieren. Hingegen können wir die Zukunft gestalten und ihr eine andere Orientierung geben, selbst wenn wir von einer Gegenwart ausgehen, die voller Zwänge ist. Dazu braucht es allerdings zuerst eine Analyse der jetzigen Situation, die ohne Scheuklappen zu leisten ist. Nur aufgrund einer solchen kritischen Besinnung können nue Ziele gesucht und neue Wege beschritten werden.

Schwierigen Zeiten entgegen

Wir werden eine solche Analyse nötig haben. Denn wir gehen Zeiten entgegen, die noch härter sein werden als jene, die hinter uns liegen. Die relative Hochkonjunktur der letzten Jahre mag da und dort Illusionen geweckt haben. Tatsache ist jedoch, dass das internationale kapitalistische System keines der gravierenden Probleme gelöst hat, die es belasten: ein dramatisches Ungleichgewicht zwischen dem Norden und dem Süden, ein internationnnales Finanzsystem das ständig vom Kollaps bedroht wird, eine Massenarbeitslosigkeit, die selbst die reichsten Länder betrifft usw. Die neue Rezession, die sich am Horizont der internationalen Wirtschaft abzeichnet, wird die bereits vorhandenen Probleme noch verschärfen. Auch die Schweiz wird nicht verschont bleiben.

Die Unternehmer scheinen das übrigens gut zu wissen. Sie bereiten bereits das „Terrain" vor, um selber von den Folgen möglichst verschont zu bleiben. Sie benehmen sich denn auch zunehmend weniger friedlich! Ihre Offensive zugunsten der sogenannten *„Arbeitsflexibilität"* (Ausbau der Schicht- und der durchgehenden Arbeit, Wochenende inbegriffen, Vermehrung der sog. unsicheren Anstellungsbedingungen usw.), die in Wirklichkeit darauf abzielt, den gesetzlichen und vertraglichen Schutz der Arbeitnehmer aus den Angeln zu heben, zeigt das deutlich.

Ein weiteres Zeichen, das nicht trügt: der schon seit einigen Jahren zu beobachtende Wechsel in der Zusammensetzung der Vertreter der Unternehmer in den Parlament und Wirtschaftsorganisationen. Die Generation jener Unternehmerkader aus der Zeit des zweiten Weltkrieges, die noch von der Ideologie des nationalen Schulterschlusses über alle Klassen hinweg geprägt war, macht einer neuen Generation Platz, für die nur nackte Kräfteverhältnisse zählen und die leicht der Arroganz der Macht verfällt.

50 Jahre nach dem Friedensabkommen werden wir immer mehr in die Enge getrieben.

Ziele und Strategien neu definieren

Dass wir unsere Ziele, Strukturen, Strategien und Aktionsmethoden überdenken und neu definieren müssen, wird für unsere Bewegung mehr als je zum lebenswichtigen Erfordernis. Was die Ziele anbelangt, müssen sie in Richtung bessere Integration der Benachteiligten (Frauen, Ausländer), qualitative Postulate am Arbeitsplatz und qualitative Forderungen in bezug auf die Lebensqualität ausserhalb der Arbeit (Schutz der Umwelt) ausgeweitet werden (s. die Beiträge von H. Schäppi/J. Tanner, H. Baumann und U. Zuppinger in diesem Band). Das Arbeitsprogramm für die 80er Jahre sowie die Beschlüsse des SGB-Kongresses 1986 haben einige Grundlagen für die notwendige Neuorientierung geschaffen.

An seinen jüngsten Kongress hat der SGB auch den Willen ausgesprochen, unsere *Gewerkschaftsstrukturen* zu überprüfen. Dabei sollen insbesondere das Prinzip der Industriegewerkschaft flexibler angewandt und im Hinblick auf die regionalen „gewerkschaftlichen Wüsten", auf den Dienstleistungssektor

sowie auf die sogenannten unsicheren Arbeitsverhältnisse Bedingungen geschaffen werden, die eine gemeinsam koordinierte Aktion der Gewerkschaftsverbände möglich machen. Weil damit aber die heute fast völlige Autonomie der einzelnen Gewerkschaftsverbände gegenüber der Dachorganisation in Frage gestellt wird, dürften auch die notwendigen Änderungen auf starken Widerstand stossen.

Ein weiterer zentraler Punkt der Überprüfung unserer gewerkschaftlichen Aktion wird zweifellos die Wahl der *Strategie* und der *Methoden* sein. In einem sozio-politischen Umfeld, das sich tiefgreifend verändert, und angesichts der aufgestauten alten und neuen Probleme differenzieren sich in unserer Bewegung die Meinungen aus und es zeichnen sich nach und nach — unter dem Eindruck der Ereignisse und konkreten Herausforderungen — unterschiedliche Versuche und Entwürfe gewerkschaftlicher Antworten ab.

Eine *konservative* gewerkschaftliche Strömung reagiert tendenziell so, als wären wir nicht mit ausserordentlichen Veränderungen konfrontiert und müssten deshalb auch unsere Strategie nicht überdenken, um die Bewegung neu zu beleben. Diese Strömung glaubt immer noch, die Wirtschaft lasse sich — getreu dem Wachstumsmodell der Nachkriegszeit (d.h. Wirtschaftswachstum um jeden Preis, auch um den Preis vermehrter ökologischer Folgekosten oder erhöhter Kriegsgefahr) — wieder ankurbeln. In diesem Rahmen würde sich dann auch an der wichtigsten und praktisch einzigen Funktion der Gewerkschaft wenig ändern: der besseren Verteilung der Einkommen. Weil man das bestehende System bejaht, ist man auch für qualitative Forderungen, die es in Frage stellen könnten, wenig empfänglich. Man bleibt der traditionellen Devise treu: „Der absolute Arbeitsfriede ist notwendig, damit die Unternehmer ungestört vermehrt Profit machen können, denn nur so können die Arbeitnehmer die Früchte ihrer Arbeit ernten."

Eine andere Störung könnte man als *technokratisch* oder *neo-liberal* bezeichnen. Die Anhänger dieser Strömung halten entweder einen aktiven Widerstand gegen die bürgerliche soziale Deregulierungsoffensive für illusorisch, oder sie glauben darin Elemente zu erkennen, die zu mehr Freiheit für die Individuen genutzt werden könnten. Um dies zu erreichen, müsste der *„Arbeitsflexiblität"*, wie sie die Unternehmer wollen, eine soziale Note beigefügt oder sie könnte zur *„Zeitsouveränität"* für die Arbeitnehmer *„umfunktioniert"* werden. Mit dieser Politik glauben sie jene neuen Angestelltenschichten gewinnen zu können, die aus einer Entwicklung zur Informatikgesellschaft hervorgehen. Ein sicher lobenswertes, ja unverzichtbares Ziel, wenn die Verluste kompensiert werden sollen, die durch die Schrumpfung des traditionellen Rekrutierungsfeldes entstanden sind. Dieses Ziel wird jedoch mit einer Strategie und mit Forderungen angestrebt, die sehr fragwürdig sind.

Die Vertreter der erwähnten zwei Strömungen finden sich zusammen und entwickeln eine „unité de doctrine", insbesondere was die gegenwärtig und auch für die Zukunft wichtigste Frage in der sozialen Auseinandersetzung anbetrifft: die *Flexiblisierung der Arbeitszeit.* Und ebenso in bezug auf ihr Pendent: Die Machtfrage. Beide sind bereit, den Forderungen der Unternehmer entgegenzukommen und sie gegen „Humanisierung" einzutauschen, im Rah-

men eines neuen „Contract social", der den absoluten Arbeitsfrieden auch in Zukunft sichern würde. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung nicht irreführend, dass die *„Flexiblisierung der Arbeitszeit" und der absolute Arbeitsfriede die zwei Seiten der selben Medaille sind.* Das jüngste, bekannte und bahnbrechende Beispiel auf diesem Gebiet ist zweifellos die Vereinbarung zwischen der Uhrenfabrik ETA und dem SMUV über eine neue Arbeitszeitgestaltung.

Diese Zielrichtung setzt voraus, dass der wichtigste wirtschaftliche Beweggrund der seinerzeit für die Unterzeichnung des ersten „Friedensabkommens" grundlegend war, immer noch gültig ist: die grundsätzliche Übereinstimmung der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeitnehmern sowie der Gedanke, dass so etwas wie eine *„nationale Einheitsfront"* zwischen dynamischen Unternehmern (heute z.B. Hayek und Arnold) und den Gewerkschaften notwendiger denn je sei, wenn die Schweiz ihre Stellung auf den Weltmärkten behaupten wolle. Diese Richtung bezieht ihre Kraft aus der Tatsache, dass sie an einer 50ährige und nunmehr im sozialen Gewebe fest verwurzelten Tradition festhält, was den Unternehmern nicht ungelegen kommt — ebensowenig wie jenen Arbeitnehmern, die heute noch mehr oder weniger einen Platz an der Sonne haben. Indessen lassen das Ausmass und die Perspektiven der weltweiten sozio-ökonomischen und ökologischen Krise des kapitalistischen Systems an der Lebensfähigkeit eines solchen Entwurfs für die Arbeitnehmer stark zweifeln. Ferner kann dieser scheinbar stimmige Entwurf keines der Probleme lösen, die wir im ersten Teil dieses Artikels erwähnt haben, angefangen bei der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, ihres inneren Zusammenhalts und ihrer Repräsentativität. Die Folgen der „modernistischen" Orientierung bergen für ganze soziale Schichten die Gefahr einer noch stärkeren sozialen Isolierung der Arbeitnehmer und einer fortschreitenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als Kehrseite der Flexiblisierung. Schliesslich verwischt eine solche Orientierung die Identitätsunterschiede zwischen Unternehmern, und Gewerkschaften — wie sie selbst entpolitisierte Arbeitnehmer wahrzunehmen vermögen — noch mehr, wenn nicht gar völlig. Sie schwächt das Wenige, das noch vom Klassenbewusstsein übrig geblieben ist, d.h. den minimalen Solidaritätsreflex auf die Angriffe des Gegners. Sie verlangt unweigerlich nach Gewerkschaftskadern, die man als *„marketing manager with social touch"* bezeichnen könnte. Was bleibt da von der Seele, vom Ideal der Emanz ipation unserer Bewegung noch übrig? Die Einordnung in den Betrieb und in die kapitalistische Wirtschaft ersetzt die Identifikation mit der Gewerkschaft und ihrem Streben nach einer freien und gerechteren Gesellschaft. Ein Teufelkreis!

Kurswechsel nötig

Wenn unsere Bewegung wieder erstarken soll, muss sie einen andern Weg einschlagen. Auch wenn dieser Kurswechsel — nach Jahrzehnten einer praktisch kaum veränderten Politik — nicht ohne Schmerzen, internen Schwierigkeiten und Spannungen erfolgen kann und zudem kurzfristig nicht mit einer

reichen Ernte gerechnet werden darf. Auch in diser Hinsicht hat der SGB-Kongress 1986 einige politive Zeichen gesetzt. Die eindeutige Ablehnung der Unternehmerpolitik, wie sie in der Abstimmung über die Einführung der Thesen zur „Verkürzung und Gestaltung der Arbeitszeit" zum Ausdruck gekommen ist, war die Frucht des Ineinanderfliessens zweier gewerkschaftlicher Strömungen, die Träger des Willens zur Neuorientierung sind:

— der *linken Strömung,* die aus den verschiedenen sozialen Bewegungen der 60er- und 70erjahre hervorgegangen ist, und die sich stets für eine Bewegung eingesetzt hat, welche an die kämpferischen Traditionen anknüpft, und
— der mehr *traditionellen Strömung,* die angesichts der aufgetauchten neuen Probleme einige Überzeugungen aus der Zeit des Wirtschaftsbooms aufgegeben und sich bemüht hat, die „gewerkschaftliche Selbstkritik" eines Ezio Canonica (früherer Präsident der GBH und des SGB) sich zu eigen zu machen. E. Canonica hatte anfangs und Mitte der 70er Jahre die Politik des *absoluten* Arbeitsfriedens scharf kritisiert und für dessen Relativierung plädiert. Seine Ideen und die Umgestaltung der Strukturen seines Verbandes, die er initiiert hat (seine Versuche, dies auch beim SGB zu erreichen, sind leider misslungen) haben, wenn auch langsam, ihren Weg gemacht.

Die Anhänger dieser beiden Strömungen und alle aktiven Gewerkschafter müssen zuerst ein solides Netz von Vertrauensleuten und Arbeitnehmern knüpfen, die sich ihrer wahren Interessen klar bewusst sind, und die eine Identität besitzen, welche auf der Solidarität, aber auch auf der Überzeugung gründet, dass eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich ist, und dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Die Hoffnung muss wieder zur Antriebskraft der Menschen werden. Damit sie das werden kann, ist es grundlegend wichtig, dass sich die aktiven Gewerkschafter Gedanken über einen neuen Zukunftsentwurf machen, der die Menschen zu mobilisieren vermag. Ein Entwurf für eine alternative solidarische Entwicklung, der auf der Verteilung der Arbeit unter alle gründet und die Lebensqualität, und den Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Ungleichheit in den Vordergrund rückt. Ein Entwurf auch in dessen Zentrum eine Botschaft steht, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, aber es schon längst nicht mehr ist: In dieser Gesellschaft kann die Freiheit der Arbeitnehmer nur im Rahmen der Gesetze und eines kollektiven Schutzes wachsen und gedeihen.

Nützliche Elemente für die Definition eines solchen Entwurfes finden wir insbesondere im Beschäftigungsprogramm der GBH, im Schwerpunktprogramm der GTCP sowie im Frauenprogramm des VPOD. Es ist jedoch notwendig, weitere Überlegungen anzuregen und die Diskussion zur Erarbeitung einer Antwort der Linken voranzutreiben. Einer Antwort auf die allgemeine Desorientierung, auf die neo-konservative Offensive. Dabei wird die Frage nach den sozialen Entwicklungen unter dem Einfluss der kapitalistischen und ökologischen Krise und nach den Entgleisungen des „technischen Fortschritts" immer wichtiger. Welche Konsequenzen müssen wir aus dem Zu-

sammenbruch des Modells *Wirtschaftswachstum = Beschäftigungswachstum* ziehen? Wie wird sich in Zukunft die Problematik der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung (und in diesem Zusammenhang die Frage eines allfälligen gesicherten Minimaleinkommens) stellen? Wie können die zunehmend auseinanderstrebenden Interessen einzelner Arbeitnehmerschichten (Frauen, Arbeitnehmer in neuen Sektoren, Techniker usw.) wieder eine gemeinsame Orientierung erhalten? Welche sozialen Veränderungen sind von einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit zu erwarten? Wie kann die Solidarität, die aus den besten gewerkschaftlichen Traditionen herstammt, wiederbelebt werden? Wie lässt sich die soziale und die „grüne" Frage verbinden? Welche Anforderungen ergeben sich aus dem Nord-Süd-Gefälle für eine neue Gewerkschaftspolitik?

Wenn wir aus der Defensive auf der ideellen Eben herauskommen wollen, gilt es, auf solche Fragen eine programmatische Antwort zu suchen. Nur so können wir am Arbeitsplatz nach und nach Terrain zurückgewinnen und einen ersten Schritt in einem langen, von Rückschlägen bedrohten Prozess der Neuorientierung einleiten. Und nur so wird es uns gelingen, wieder zum Anziehungspunkt zu werden für jene noch lebendigen Kräfte unter den Arbietnehmern, die bereit sind, sich der neukonservativen Strömung entgegenzustellen und die schon weit fortgeschrittene Rechtsverschiebung der politischen Machtverhältnisse zu stoppen.

Für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung

Schliesslich werden die neuen Ideen und ein neuer, in die Zukunft weisender Entwurf nicht vom Himmel fallen. Sie werden vielmehr aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit hervorgehen, die allerdings im Sinne einer *Gewerkschaft in Bewegung („Syndicalisme de mouvement")* revidiert werden muss, wie dies gewisse Verbände bereits getan haben. Jüngstes und löblichstes Beispiel: der Aktionstag der GBH in der Westschweiz vom 25. März 1987. Es hat aber auch andere gegeben: bei den Pöstlern, den Chemiearbeitern und den Angestellten in den öffentlichen Diensten. *Gewerkschaft in Bewegung* will heissen, dass das interne Funktionieren im Sinne der Transparenz und einer grösserem Öffnung für kontroverse Debatten überprüft wird. Die Arbeitnehmer sollen uneingeschränkt in die Entscheidungsprozesse integriert werden, insbesondere wenn es um die Erneuerung der Gesamtarbeitsverträge geht. Sie sind systematisch zu sensibilisieren und zu mobilisieren und, wenn dies als zweckmässig erscheint, dürfen auch vergessene Instrumente des offenen Kampfes wieder gebraucht werden. Dass abzuwägen bleibt, was möglich und machbar ist, dürfte wohl selbstverständlich sein. Dabei dürfen wir nicht vergessen dass der Wille zur Veränderung, Solidarität und Emanzipation in der Aktion gestärkt werden soll.

Die *Gewerkschaft in Bewegung* brauchen wir schliesslich auch, wenn wir unsere Pflicht zur internationalen Solidarität erfüllen wollen. Nur eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung vermag den Banken ohne ethisches Verantwortungsbewusstsein, den Industriellen und der Regierung einen Wirt-

schaftsboykott gegen das abscheuliche System der Apartheid in Südafrika abzuringen. Nur eine aktive Gewerkschaftsbewegung kann zum Gegengewicht der nordamerikanischen Aggression in Nicaragua werden. Nur eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung kann die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der ganzen Welt wirkungsvoll unterstützen. Für diese Gewerkschaftsbewegung, für diese Solidarität wollen wir kämpfen.

Wir müssen den Pessimismus der Vernunft mit dem Optimismus des Willens verknüpfen. Diese Parole von *Antonio Gramsci* bleibt 50 Jahre nach seinem Tod und nach 50 Jahren „unseres" Arbeitsfriedens höchst aktuell. Wir müssen den Lauf der Geschichte ändern. Bevor es zu spät ist.

* Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine überarbeitete und aus dem Französischen übersetzte Rede.